

Das Schweizer Bankgeheimnis soll bleiben

Der Bundesrat will mit verschiedenen Massnahmen auf den zunehmenden Druck auf den Schweizer Finanzplatz reagieren. Unter anderem will er eine Abgeltungssteuer für ausländische Kunden von Schweizer Banken prüfen.

BERN – Wie soll es mit dem Finanzplatz weitergehen, wenn die Krise vorbei ist? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Strategiebericht des Bundesrates, den Finanzminister Hans-Rudolf Merz gestern vorstellte. Für die Regierung ist dabei klar: Die Banken müssen weiterhin eine zentrale Rolle in der Schweizer Volkswirtschaft spielen. Lösungsansätze zeigt der Bericht insbesondere in drei zentralen Problembereichen auf:

■ **Bankgeheimnis:** Der Bundesrat will an dem, was vom Bankgeheimnis noch übrig geblieben ist, festhalten. Insbesondere will er auch künftig keinen automatischen Austausch von Bankdaten, wie er zwischen fast allen EU-Staaten gilt. Der Bundesrat begründet dies mit dem Schutz der Privatsphäre der Bankkunden. Dennoch soll die Zusammenarbeit mit anderen Staaten verbessert werden. Merz betonte gestern, dass die Zeiten vorbei seien, als der Schweizer Finanzsektor systematisch nicht versteuerte Gelder angezogen habe. Konkret soll anderen Staaten möglicherweise angeboten werden, für sie eine Abgeltungssteuer auf Vermögen von ihren Bürgern zu erheben – ein Vorschlag, den Bankiervereinigung und FDP bereits früher gemacht hatten. Damit käme die ausländische Steuerbehörde zu Geld, wüsste aber weiterhin nicht, wer ihrer Bürger wie viel Geld auf Schweizer Banken parkiert hat. Und der Bankkunde hätte, da die Steuer Abgeltungscharakter

hat, seine Steuerpflicht erfüllt. Gleichzeitig sollen Bankkunden ihr nicht deklariertes Geld in ihrem Heimatland legalisieren können, ohne es aus der Schweiz abziehen zu müssen. Geprüft werden sollen auch Massnahmen zur Förderung der Steuerehrlichkeit, so etwa die Selbstdeklaration.

■ **Marktzugang:** Im Gegenzug für diese Zugeständnisse will die Schweiz besseren Marktzugang für ihre Banken im Ausland. Insbesondere in Deutschland sei dieser nicht optimal ge-

ben, erklärte Merz. Protektionistische Tendenzen haben sich laut Bundesrat wegen der Krise verstärkt. Oft ist die Abwicklung von Bankgeschäften nur über eine Niederlassung vor Ort möglich, was die Wertschöpfung in der Schweiz vermindert. Für die Schweiz ist der Zugang zu anderen Finanzmärkten sehr wichtig, da der Bankenplatz alleine für die Bedürfnisse der Schweizer Realwirtschaft viel zu gross ist. Der Bundesrat will daher auf allen Ebenen von WTO bis OECD für of-

fene Finanzmärkte kämpfen. Geprüft wird auch, ob ein Dienstleistungsabkommen mit der EU sinnvoll wäre.

■ **To big to fail:** Die Problematik, dass die Grossbanken zu gross sind, als dass sie der Staat in der Krise in Konkurs gehen lassen könnte, trifft die Schweiz besonders hart. Kaum ein Land hat so gigantische Grossbanken im Verhältnis zur gesamten Volkswirtschaft. Das Ei des Kolumbus bringt der Bericht in dieser Frage nicht. Eine Experten-

Bericht darüber vorlegen, wie das Risiko vermindert werden könnte.

Insgesamt bringt der Bericht relativ wenig Konkretes. Die Verantwortlichen begründen dies damit, dass die ausländischen Steuerbehörden den Bericht ebenfalls aufmerksam lesen werden. Naheliegenderweise will man sich vor künftigen Verhandlungsrunden nicht zu sehr in die Karten blicken lassen. Insofern handelt es sich bei den Vorschlägen nur um ein erstes Verhandlungsangebot. IMICHAEL BRUNNER



Schweizer Finanzplatz wohin? Der Bundesrat will mit einer Abgeltungssteuer das, was vom Schweizer Bankgeheimnis noch übrig ist, in die Zukunft retten. Bild: key

«Schweiz handelt gegenüber Paris richtig»

Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Uni Bern, nimmt Stellung zum Zwist mit Frankreich und zur eher unüblichen Flucht nach vorn des Bundesrates in Sachen Finanzmarkt.

Frankreich fordert erleichterte Amtshilfe aufgrund von illegal erhaltenen Daten einer Genfer Privatbank. Der Bundesrat seinerseits ist empört und will die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Frankreich aussetzen. Ist das die richtige Antwort?
Peter V. Kunz: Ich kann die Empörung des Bundesrates gut verstehen. Denn Frankreich hat nicht nur offensichtlich illegale Bankdaten erworben, sondern das Land verlangt jetzt auch, was juristisch so nicht vorgesehen ist, gestützt auf diese Daten, eine erleichterte Amtshilfe. Vor diesem Hintergrund sind die juristischen Schritte der Schweiz nachvollziehbar und es ist politisch durchaus richtig, dass der Bundesrat jetzt seinerseits einmal ein Zeichen der Stärke aussendet. Persönlich unterstütze ich deshalb das Vorgehen des Bundesrates. Ich bin hingegen nicht sicher, ob das Parlament tatsächlich die Genehmigung für das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich aussetzen wird.

Sie glauben, dass man sich vor der Beratung im Parlament auf diplomatischer Ebene wieder finden können?
Es ist denkbar, dass sich die diplomatischen Gemüter in einiger Zeit wieder beruhigt haben werden, sodass das Abkommen nicht mehr vom Parlament suspendiert werden muss. Vermutlich rechnet selbst der Bundesrat damit.

Die Finanzplatz Schweiz gerät seit geraumer Zeit von verschiedensten Seiten unter Druck und die Finanzkrise tut

ihr Übriges dazu. Jetzt präsentiert der Bundesrat eine Vorwärtsstrategie, um den Finanzmarkt zukunftsfähiger zu machen. Was halten Sie davon?

Ich erachte es als positiv, dass der Bundesrat für einmal nicht nur reagiert, sondern agiert. Denn man hat ihm in letzter Zeit nicht zu Unrecht vorgeworfen, dass er während einhalb Jahren immer den Problemlösungen hinterhergejagt ist und somit nur noch reagieren konnte. Andererseits werden die Probleme natürlich auch jetzt



Peter V. Kunz, Uni Bern

«Ich bin nicht sicher, ob das Abkommen mit Frankreich sistiert wird»

nicht allein damit gelöst, dass man irgendwelche Strategiepapiere präsentiert. Entscheidend ist, wie diese Papiere umgesetzt werden. Und hier steckt dann halt oft auch wieder der sprichwörtliche Teufel im Detail.

Kommen wir gleich zu einem solchen «Detail». Der Bundesrat möchte künftig unter gewissen Bedingungen die Amtshilfe bei Steuerdelikten mittels Einführung einer Abgeltungssteuer und der Selbstdeklaration von Bankkunden ausbauen. Macht das Sinn?

Es ist sicher richtig, dass wir in der Frage der Amtshilfe flexibel bleiben und proaktiv handeln. Die Vorschläge, die zur Diskussion stehen, sind zwar nicht völlig neu, aber es ist dennoch wichtig, dass man sie thematisiert. Denn nicht zuletzt geht es auch hier darum, ein Zeichen der Souveränität zu setzen.

Die Vorschläge der Schweiz sind allerdings unter anderem an die Bedingung geknüpft, dass die EU darauf verzich-

tet, von der Schweiz den automatischen Informationsaustausch über Zinsauskünfte von Kontoinhabern aus EU-Staaten zu verlangen. Weshalb sollte sich die EU auf diesen Deal einlassen? Solange die EU in allen ihren 27 Mitgliedsländern keinen einheitlichen Standard hat, kann sie ihn nicht ernsthaft von einem Nichtmitgliedstaat verlangen. Mit anderen Worten: Solange in Luxemburg und in Österreich kein automatischer Informationsaustausch besteht, wird man wohl auf die Schweiz kaum Druck ausüben können. Sollten aber eines Tages auch Luxemburg und Österreich kippen, dann dürfte es auch für die Schweiz ziemlich ungemütlich werden.

Der Bundesrat ruft zudem eine Arbeitsgruppe ins Leben, die das Problem der zu grossen Grossbanken («to big to fail») anpacken soll. Glauben Sie, dass man in dieser Gruppe auch über die Zerlegung der Banken sprechen wird?
Auf die Antworten dieser Gruppe bin ich auch gespannt. Denn entweder interveniert man zu spät, so wie es dieses Mal der Fall war, und dann steht die Bank praktisch vor dem Konkurs. Oder man interveniert zu früh und spaltet die verschiedenen Teile einer Bank auf, was auch falsch wäre. Es braucht einen Mittelweg. Persönlich rechne ich damit, dass die Experten-Gruppe vor allem präventive Massnahmen vorschlagen wird. Dass man also Eigenkapitalvorschriften erweitert und bilanztechnische Regelungen vorsieht.

Aber reicht das wirklich, um einen Konkurs zu verhindern?
Nein, das reicht nicht. Selbst mit einem sehr hohen Eigenkapital droht das Risiko eines Konkurses. Die Frage muss deshalb für die Experten vor allem lauten: Was können wir präventiv tun, wenn es wirklich zu einem Konkurs kommen sollte, der nicht verhindert werden kann? INTERVIEW: THOMAS MÜNZEL

Paris windet sich heraus

Das offizielle Frankreich reagiert vorerst nicht auf die Suspendierung des Doppelbesteuerungsabkommens durch den Bundesrat. Das Regierungslager in Paris liegt darüber selbst im Streit.

PARIS – «Man wird Sie zurückrufen»: Diese Standardantwort erhielten Schweizer Journalisten gestern Abend, wenn sie sich beim Pressedienst von Budgetminister Eric Woerth nach einer Reaktion auf den Entscheid von Bundesrat Hans-Rudolf Merz erkundigten. Zurückgerufen wurde bis zum Redaktionsschluss nicht. «Das Budgetministerium wünscht die Ankündigung der Schweizer Regierung vorerst nicht zu kommentieren», notierte die Presseagentur Reuters in handelsüblichen Jargon.

Woerth in der Kritik

Dass sich Woerth die Antwort gut überlegen wird, hat seinen Grund nicht nur darin, dass ihn die harte Schweizer Reaktion auf die HSBC-Affäre erstaunt haben dürfte. Der französische Budgetminister ist mit seinem Kampf gegen die Steuerflucht auch im eigenen Regierungslager in die Kritik geraten. Der Fraktionschef seiner eigenen Partei UMP, Jean-François Copé, kritisierte am Sonntag die Verwendung von gestohlenen Bankkunden-daten. Er fügte an, er habe als früherer Budgetminister selber solche «anonymen» Datenangebote abgelehnt.

Woerth konterte darauf öffentlich, Copé habe selbst einen «Fehler» begangen, wenn er zur Verfügung stehende Daten nicht verwertet habe. Die harsche Reaktion zeigt, unter welchem Druck Woerth in den eigenen Reihen steht. Viele bürgerliche Parlamentarier schätzen seinen Kreuzzug gegen Kontoinhaber in der Schweiz

nicht, zumal sie gegen bestehende Rechtsnormen verstösst.

Der Budgetminister geniesst allerdings die Rückendeckung von Staatschef Nicolas Sarkozy. Dieser sieht in Copé einen Rivalen und tut alles, um sich seiner zu entledigen. Deshalb stellte er sich am Montag klar hinter Woerth: Er könne sich keine Steuerverwaltung vorstellen, «die Auskünfte erhält und sie in den Abfalleimer wirft», meinte Sarkozy.

Kein Interesse an Eskalation

Trotzdem hat der Präsident kein Interesse an einer Eskalation der Kundendatenaffäre. Das Murren in seiner bürgerlichen Wählerschaft kommt ihm drei Monate vor den Regionalwahlen unangelegen. Viele UMP-Politiker meinen hinter vorgehaltener Hand, die Schweiz habe recht, den Verzicht auf die Auswertung gestohlener Informationen zu verlangen. Deshalb versucht das Budgetministerium inoffiziell, sich mit einer juristischen Pirouette

«Ich kann mir keine Steuerverwaltung vorstellen, die Auskünfte in den Abfalleimer wirft»

Nicolas Sarkozy

aus der Affäre zu ziehen: Es habe die Kundendaten ja nicht von einem Datendieb erhalten, sondern vom Staatsanwalt in Nizza, verlautete gestern aus Kreisen des Ministeriums. Um solche rhetorischen – um nicht zu sagen faulen – Ausreden werden Pariser Politiker in Zukunft nicht verlegen sein. Nachdem er seinem Gegner Woerth den Fehdehandschuh hingeworfen hat, wird Hans-Rudolf Merz einen langen Atem brauchen: sein neuester Kampf hat eben erst begonnen.

ISTEFAN BRÄNDLE